

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Hauptstr. 23 und Neugasse 2.
Postadresse: 69035 Heidelberg, Postf. 10 45 60, Internet:
<http://www.rnz.de>. Erscheint werktäglich in 10 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 3 80, Fax 5 19 - 3 85.
Anzeigen-Aannahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 2 51, Fax 5 19 - 2 08.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 1, Fax 5 19 - 2 17.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

RNZ, 29.9.2008

Georgien-Konflikt: Zu gewaltig für eine Diskussion

Heidelberger Politikwissenschaftler und Georgier analysierten im Deutsch-Amerikanischen Institut die Lage im Kaukasus

Von Birgit Sommer

Wie geht es weiter mit Georgien, dem Land, das so dringend unter den Schutzschild der Nato und möglichst in die EU will? Ein Land, dessen Bewohner sich längst dem Westen zugehörig fühlen, in dem es aber immer noch Korruption und Wahlfälschung gibt? Das mühsam Demokratie lernt und nicht erst seit dem Fünftage-Krieg im August auseinanderzubrechen droht?

Eine Podiumsdiskussion im Deutsch-Amerikanischen-Institut zwischen Georgiern und Heidelberger Politikwissenschaftlern konnte zwar verschiedene Aspekte klären, ließ die interessierten Zuhörer aber letztlich hilflos zurück. Das Georgien-Problem ist einfach zu groß.

„Mit Saakaschwili geht es nicht weiter“, meinte Dr. Rolf Steltemeier, Auslandspolitikberater mit weltweiten Einsätzen und mit Lehrauftrag an der Universität Heidelberg. In seinen Augen hat der georgische Präsident das in ihn ge-

setzte Vertrauen verspielt. Steltemeier sprach von massiven Fälschungen bei der letzten Wahl, von Repressalien, die Wähler der Opposition beklagten, von einer viel zu großen Armee und hohen Rüstungsausgaben. Auch wenn die südkaukasischen Länder Georgien, Armenien und Aserbaidschan nach Europa schauten, was Fußball, Wirtschaft und politische Prozesse betreffe – über eine EU-Mitgliedschaft auch nur zu sprechen, sei unredlich. Selbst für eine Nato-Mitgliedschaft sieht er keine Perspektiven: „Georgien ist nicht demokratisch genug.“ Falsch fand er deshalb den Nato-Gipfel in Tiflis – genauso falsch aber die Reaktionen Russlands im Krieg.

„Russland hat nicht aufgegeben, das alte Empire wieder zu sammeln“, bilanzierte der Politikwissenschaftler Prof. Klaus von Beyme. Er sprach Georgien das Recht zu, in Südossetien und Abchasien einzumarschieren, auch wenn es politisch nicht klug gewesen sei. „Sezessionen sind selten akzeptiert worden“, mein-

te er und erinnerte daran, dass es in vielen Ländern Minderheiten gebe und etwa auch Länder wie Spanien eine Abspaltung des Baskenlandes nicht akzeptieren würden.

„Wir brauchen die Nato für uns und nicht gegen Russland, der Kalte Krieg ist doch vorbei, Russland und die Nato sind keine Feinde“, hielt Mamuka Jgenti, Stellvertreter des Ständigen Vertreters Georgiens im Europarat, den Zuhörern vor. Er betonte, dass die Feindseligkeiten von russischer Seite aus schon bei der Loslösung Georgiens 1991 begonnen hätten, und berichtete von einer Kette von Provokationen. Die ethnischen Probleme in Georgien seien von außen hineingetragen worden. Einen Kampf gegen das große Russland wolle in seinem Land niemand: „Wir sind keine Selbstmörder.“

Gleichgültig, was die internationale Kommission über den Beginn des Krieges herausfinden werde: „Wir waren innerhalb unserer Grenzen. Russland hat seine überschritten“, betonte er. „Wie hätten

wir darauf reagieren sollen? Hätte Georgien kapitulieren sollen?“, fragte auch Nodar Akhalkatsi, der Präsident des Georgischen Fußballverbandes, dessen Familie seit Jahren in Heidelberg lebt. Was die „perfekte Demokratisierung“ des Landes betrifft, bat er um Geduld: „Wir haben erst seit fünf Jahren Demokratie. Das wird noch dauern.“

Falsche Reaktionen auf die Auseinandersetzungen kreideten die deutschen Politikwissenschaftler dem Westen an. „Europa und die USA benutzen den Konflikt im Kaukasus, um größere Konflikte auszutragen“, meinte Dr. Rolf Steltemeier. Und natürlich stünden im Hintergrund wirtschaftliche Interessen, etwa an der Öl-Pipeline durch Georgien, mit deren Hilfe man Russland umgehen kann.

Vielleicht hilft der Region letztlich das, was Klaus von Beyme feststellte: Angesichts der wirtschaftlichen Turbulenzen gebe es für die Welt inzwischen Wichtigeres zu tun: „Der Georgien-Konflikt spielt nicht mehr diese Rolle.“